Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 143 — Jahrgang 211

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1.25, für das Vierteljahr Mk. 3.75 frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich Mk. 1.34, für das Vierteljahr Mk. 4.02, einschließlich der postal. Zustellungsgebühr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal Kostenlose Beilage: „Hausfreund Courier".

Dienstag, 19. März

Morgen-Ausgabe

Anzeigenpreis: Für Halle und Vororte kostet die 40 mm breite Kolonelzeile 25 Pfg. Gelegenheitsanzeigen 20 Pfg. mit 10 % Aufschlag. Ausnahmetarif Anzeigen Zeile 35 Pfg. Reklamen 100 Pfg. Rabatt nach besonderem Tarif. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle und allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto Leipzig 20612.

Geschäftsstelle Leipzigerstraße 61/62. Fernruf Sammelnummer 7801. Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610. Geschäftsstelle 5608 u. 5609. ::: Hauptschriftleiter: Dr. Hans Simon, Halle-Saale. :::

Eigene Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung, Bernburgerstraße 30. — Fernsprecher Amt Kurfürst Nr. 6290. ::: Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale. :::

Der Reichskanzler über den Frieden mit Rußland

Der endgültige Friede mit Rußland

Berlin, 18. März. Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten hat an die auswärtigen Aemter in Wien und Berlin folgenden Funkspruch gerichtet:

Am 16. März 1918 hat der außerordentliche Allrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Kosaken-Deputierten in der Stadt Moskau den Friedensvertrag, den Rußland am 2. März d. Js. in Brest-Litowsk mit den Mächten des Vierbundes geschlossen hatte, ratifiziert.

Petersburg, 18. März. (Reuter-Meldung.) Der Friedensvertrag wurde am 15. März um Mitternacht in öffentlicher Sitzung ratifiziert.

Moskau, 16. März. (Reuter.) Der vom Kongreß der Sowjets gefaßte Beschluß über die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland billigte die Haltung des Rates der Volkskommissare bei der Unterzeichnung des schmerzlichen, Rußland durch ein Ultimatum und durch Gewalt aufgezwungenen Friedens und erklärte es als Pflicht der Arbeiterklasse, eine Miliz zur Verteidigung des Landes gegen imperialistische Angriffe zu errichten. Für welche Zwecke alle Personen beiderlei Geschlechts eine militärische Ausbildung erhalten sollen.

Joffe zum Botschafter von Berlin ernannt

Petersburg, 18. März. (Reuter.) Joffe, der frühere Führende der Friedensdelegation in Brest-Litowsk, wurde zum Botschafter in Berlin ernannt.

Berlin, 19. März. Die „Kreuzzeitung" schreibt: Soweit bekannt geworden, hat sich der zum russischen Botschafter in Berlin bestimmte Joffe durch seine ruhige sachliche Haltung in Brest-Litowsk vorteilhaft von Trotzki, Radek und Genossen unterschieden.

Holland nimmt die Forderung der Alliierten an

Haag, 18. März. Wie das „Korrespondenz-Büro" erfährt, erklärte Minister Loudon heute in der zweiten Kammer, daß die niederländische Regierung sich gezwungen sah, der Forderung der alliierten Regierungen, die niederländischen Schiffe durch die gefährdete Zone fahren zu lassen, an deren Annahme diese die Lieferung von 100 000 Tonnen Weizen zum 15. April geknüpft haben, anzunehmen. Deutschland auf die dahingehende Frage jetzt erklärt habe, unmöglich innerhalb zweier Monate 100 000 Tonnen Weizen liefern zu können. Sie hat noch ihre Zustimmung von folgenden Bedingungen abhängig gemacht: Holland muß auf die Verteilung des niederländischen Schiffsraumes und auf die Versorgung des Landes nach dem in The London basis of agreement gegebenen Maßstab rechnen können. Bunkerkohle muß für die Anfuhr nach den Niederlanden und für die dazu bestimmten niederländischen Schiffe gewährt werden. Was die Fahrten der niederländischen Schiffe durch die gefährdete Zone angeht, so müssen die alliierten Regierungen dafür sorgen, daß die Schiffe keine Truppen und kein Kriegsmaterial transportieren und nicht bewaffnet werden, daß es den Besatzungen freigestellt wird, an den Fahrten teilzunehmen oder nicht und endlich, daß die eventuell vernichteten Schiffe sofort nach dem Kriege durch andere ersetzt werden. Die Regierung kann und darf nicht weiter gehen. Der Minister fügte noch zu den Mitteilungen hinzu, daß er, sowie die Antwort der alliierten Regierungen ihn erreicht habe, auch diese der Kammer mitteilen werde. Die Kammer beschloß, in der morgigen Sitzung die Erklärung des Ministers zu besprechen.

Die Lösung der Aland-Frage

Stockholm, 18. März. Laut „Allehanda" erklärte der finnländische Regierungspräsident Svinhufvud aus Aland die Lösung der Aland-Frage auf dem Wege einer neuen Volksabstimmung unter gemeinsamer finnländischer und schwedischer Kontrolle als annehmbar. Ihr Ergebnis werde durch Finnland respektiert werden. Doch erfordert eine eventuelle Abtretung entsprechende Kompensationen. Bezüglich der Aushebungen im ländischen Schutzkorps bemerkte Svinhufvud, daß nur diejenigen ausgehoben und nach Finnland übergeführt werden sollen, die sich als Freiwillige melden.

Laut „Stockholmer Dagblatt" erhielt Finnland von Deutschland 60 Flugmaschinen.

Glänzende Erfolge General Mannerheims

Stockholm, 18. März. Nach einem Telegramm an die finnische Gesandtschaft aus Vasa setzte General Mannerheim eine allgemeine Offensive an, wodurch bisher glänzende Erfolge erzielt wurden. Das Kirchdorf Heinola wurde genommen, wobei 3000 Rote Gardisten gefangen genommen wurden. Die Bewegung schreitet auf der ganzen Front erfolgreich vorwärts.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 18. März, abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 18. März. Amtlich wird verlautbart:

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Der Kaiser an den Rheinischen Provinzial-Landtag

Düsseldorf, 18. März. Auf das Huldigungstelegramm an den 58. Rheinischen Provinziallandtages ist folgende Drahtantwort des Kaisers eingegangen:

Den treuen Gruß des Provinziallandtages erwidere ich mit wärmstem Dank für die großartigen Kriegsleistungen, mit denen sich die Rheinprovinz in allen ihren Ständen und Gliedern auch im letzten Jahr glänzend bewährt hat. Wir stehen in einem entscheidenden Augenblick des Weltkrieges, in einem der größten der deutschen Geschichte. Möchte diese Empfindung sich tief in die Herzen eingraben. Alle, die eine führende Stellung einnehmen, sind berufen, die Geister immer wieder auf die großen vaterländischen Aufgaben hinzuweisen, vor denen alles Persönliche zu schweigen und alles Parteimäßige zurückzutreten hat. Die Sicherstellung des baltischen Deutschtums, an dessen Begründung rheinisch-westfälische Ritter einst hervorragend mitgewirkt haben, wird auch dort freudig empfunden werden. Wilhelm R.

Hindenburgs Siegeszuversicht

Berlin, 19. März. Hindenburg sagt in einem Danktelegramm an den Provinziallandtag der Provinz Posen: So Gott will werden wir auch im Westen den Feind niederringen und den Weg zum allgemeinen Frieden freimachen.

Trotzkis erster Armeebefehl

Stockholm, 18. März. Die Zeitung „Utro Rossij" veröffentlicht den ersten von Trotzki an die Roten Gardisten erlassenen Armeebefehl, in dem er darauf hinweist, daß für Rußland der Kampf noch nicht beendet sei und daß das Land eine mächtige Armee haben müsse, um die internationalen Kapitalisten wirksam bekämpfen zu können. Trotzki fordert alle auf, Jung und Alt, Frauen und Kinder und Greise, sich unter den Fahnen der Revolution im heiligen Krieg gegen die Uebermacht der Bourgoisie zu scharen.

Auslieferung der Schwarzen Meerflotte?

Amsterdam, 18. März. „Daily Chronicle" meldet, daß die Bolschewisten die Schwarze Meerflotte zusammenziehen, um sie dem Feinde auszuliefern, der sie sicher in Besitz nehmen werde. Diese würde eine neue Gefahr für die Verbündeten bedeuten, denn so verstärkt, könnte die Flotte der Zentralmächte aus den Dardanellen herauskommen und die britischen Operationen in Palästina stark gefährden. Im Hafen von Odessa liegen jetzt 100 000 Tonnen Schiffsraum Frankreichs, Englands, Italiens und Rumäniens.

Entwaffnung eines russischen Garde-Regiments

Petersburg, 18. März. (Reuter.) Das Preobajertsky-Garde-Regiment wurde wegen Verdachts revolutionärer Bestrebungen von roten Truppen entwaffnet und festgenommen.

Die irische Frage

London, 18. März. Der neue Führer der Nationalisten Dillon hat am 16. März in Junisklien in seiner ersten Erklärung nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es Zeit sei, daß die irische Frage bald einen größeren Umfang als je annehme. Er riet den Sinnfeinern, die eine irische Republik gründen wollten, bringend, ihre gefährliche Illusion aufzugeben und sich mit den Landesgenossen auf die Forderung nach Home Rule zu einigen, die sie jetzt durchsetzen müßten.

Die schwedisch-englischen Tonnageverhandlungen

Stockholm, 18. März. Das Auftreten starker verzögernder Momente für das Zustandekommen des schwedisch-englischen Tonnagevertrages wird von unterrichteter Seite bestätigt.

Die Entente-Konferenzen

Paris, 18. März. (Reuter.) Clémenceau, Orlando und die anderen französischen und italienischen Minister sind aus London zurückgekehrt, wo wichtige Besprechungen gehalten wurden. Clémenceau erklärte sich sehr befriedigt von den Ereignissen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 18. März 1918.

Am Bundesratstische: Reichskanzler Graf v. Hertling, v. Payer, mehrere Staatssekretäre.

Vizepräsident Dove eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die erste Lesung der Gesetzentwürfe zur vorläufigen Regelung des Reichshaushalts. (Notetat.)

Abg. Haase (U. Soz.): Wir lehnen den Notetat ab.

Abg. Scheidemann (Soz.): Wir sehen in der Genehmigung des Notetats keine Vertrauenskundgebung für die Regierung. Die Beamten müssen auch nach dem 1. April ihre Gehälter bekommen.

Damit war die erste Lesung beendet.

Auf Antrag des Abgeordneten Fehrenbach (Ztr.) wurde die Aussprache über die Daimler-Werke zurückgestellt und es wurden die Friedensverträge mit Rußland und Finnland vorweggenommen.

Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling: Meine Herren, als ich zum ersten Mal an dieser Stelle sprach, am 29. November v. Js., konnte ich dem Reichstage die Mitteilung machen, daß die russische Regierung an sämtliche kriegführenden Mächte den Vorschlag habe gelangen lassen, in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Wir haben mit unseren Verbündeten den Vorschlag angenommen und alsbald Delegierte nach Brest-Litowsk gesandt; die bis dahin mit Rußland verbündeten Mächte blieben fern.

Der Verlauf der Verhandlungen ist den Herren bekannt. Sie erinnern sich der endlosen Reden, welche nicht so sehr für die dort versammelten Delegierten, als für die weiteste Öffentlichkeit bestimmt waren und das anzustrebende Ziel einer Verständigung immer wieder in die Ferne rückten, an die wiederholten Unterbrechungen, den Abbruch und die Wiederaufnahme der Verhandlungen, man war an einen Punkt gelangt, wo das Entweder — Oder gesprochen werden mußte. (Zustimmung). Am 3. März erfolgte der Friedensschluß in Brest-Litowsk, am 16. ist er von der zuständigen Versammlung in Moskau ratifiziert worden. (Beifall).

Es ist nicht meine Absicht, auf die Beurteilung einzugehen, welche der Friede mit Rußland bei den feindlichen Mächten gefunden hat. Wo die Heuchelei zur zweiten Natur geworden ist (Beifall), und die Unwahrhaftigkeit sich bis zur Brutalität gesteigert hat (Stürmische Zustimmung), wo man im selben Augenblick, da man die drückende Hand auf ein neutrales Land zu legen im Begriffe ist, von der vollkommenen Selbstlosigkeit der befolgten Politik zu reden wagt, muß jeder Versuch einer ruhigen Aussprache, jede sachliche Erwägung scheitern. Und wenn eine Depesche aus Washington geglaubt hat, dem in Moskau versammelten Kongresse die Sympathie der Vereinigten Staaten in dem Augenblicke aussprechen zu sollen, wo, wie es darin heißt, die deutsche Macht sich eingedrängt hat, um den Kampf für die Freiheit um seinen Erfolg zu bringen, so lege ich auch das ruhig zu dem Übrigen. (Heiterkeit.) Wir haben keinen Augenblick daran gedacht und denken nicht daran, den berechtigten Wünschen und Bestrebungen des vom Zarismus befreiten Rußland entgegenzutreten, wir wünschen, wie ich schon am 29. November v. Js. gesagt habe, dem schwer geprüften Lande die baldige Rückkehr ruhiger und geordneter Verhältnisse und beklagen es schmerzlich, wenn diese noch in weiter Ferne zu liegen scheinen und vielerorts entsetzliche Zustände eingetreten sind.

Ich wende mich nunmehr dem Vertrage selbst zu. Wie Sie, meine Herren, sofort ersehen haben, enthält derselbe keinerlei für Rußland entehrende Bedingungen, nichts von drückenden Kriegskostenentschädigungen, keine gewaltsame Aneignung russischer Gebiete. (Zustimmung. Unruhe auf der äußersten Linken.) Wenn eine Reihe von Randstaaten aus dem russischen Staatsverbande ausscheidet, so entspricht dies dem eigenen von Rußland anerkannten Willen dieser Länder. Ihnen gegenüber stehen wir auf dem von mir schon früher zum Ausdruck gebrachten Standpunkte, daß sie sich unter dem mächtigen Schutze des Deutschen Reiches diejenige staatliche Gestaltung geben mögen, welche ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht, selbstverständlich unter Wahrung unserer Interessen.

In Kurland ist die Entwicklung am weitesten vorangeschritten. Wie bekannt, ist vor wenigen Tagen eine von dem Kurländischen Landesrat als der als zuständig anerkannten Körperschaft entsandte Deputation hier erschienen. Sie hat die Loslösung des Landes aus den bisherigen staatlichen Verbindungen erklärt und den Wunsch nach einer

engen wirtschaftlichen, militärischen und politischen Verbindung mit Deutschland ausgesprochen. (Beifall.) In der Antwort, mit welcher mich Seine Majestät der Kaiser, als der völkerrechtliche Vertreter des Reiches, beauftragt hatte, habe ich die Selbständigkeit Kurlands anerkannt, von der angestrebten engen Anlehnung an das Deutsche Reich, welche ja den alten auf Jahrhunderte zurückgehenden kulturellen Beziehungen entspricht, mit Dank und Freude Kenntnis genommen, die letzte Entscheidung über die politische Ausgestaltung aber vorbehalten, bis sich die dortigen Verhältnisse weiter konsolidiert und die verfassungsmäßig zuständigen Faktoren allerseits Stellung genommen haben werden. (Beifall.) Was Litauen betrifft, so ist ein Beschluß, welcher den engen Anschluß an das Deutsche Reich in wirtschaftlicher und militärischer Verbindung mit ihm vorsah, schon im vorigen Jahre gefaßt worden. Ich erwarte in den nächsten Tagen eine Deputation des dortigen Landesrats. (Beifall), die diesen Beschluß neuerdings bekannt geben soll worauf dann ebenso die Anerkennung Litauens als eines unabhängigen staatlichen Gebildes erfolgen würde. Die weitere Entwicklung der politischen Ausgestaltung warten wir in Ruhe ab.

Etwas anders liegen die Dinge in Livland und Estland. Diese beiden befinden sich östlich der im Friedensvertrag vereinbarten Grenzlinie, werden aber, wie Artikel 6 des Vertrages mit Rußland besagt, von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Alsdann wird auch für diese Länder der Augenblick für ihre politische Neuorientierung gekommen sein. Wir hoffen und wünschen, daß auch sie sich in ein nahes freundschaftliches Verhältnis zum Deutschen Reiche stellen werden, so aber, daß dies friedliche und freundliche Beziehungen zu Rußland nicht ausschließt.

Nur noch ein kurzes Wort über Polen, das freilich im Friedensvertrag nicht ausdrücklich genannt ist. Bekanntlich ist es die Proklamation der beiden Kaiser vom 5. November 1916 gewesen, welche die Selbständigkeit des Landes vor aller Welt verkündet hat. Daraus folgt, daß die nähere Ausgestaltung des neuen Staatswesens nur auf Grund gemeinsamer Verhandlungen zwischen Deutschland und der Donaumonarchie einerseits und Polen andererseits geschehen kann. Neuerdings sind aus politischen Kreisen Polens Anregungen für die Gestaltung unseres zukünftigen Verhältnisses an die Regierung und an Mitglieder des Reichstags gelangt. Wir werden gern prüfen, ob und inwieweit sie sich mit den von den beiden Regierungen verfolgten Zielen werden vereinigen lassen, den Zielen, mit dem neuerstandenen Staat unter Sicherstellung unserer Interessen dauernd in guten nachbarlichen Beziehungen zu leben. (Beifall.) Alles Weitere wird Unterstaatssekretär Exzellenz von dem Busche mitteilen. Ich komme meinerseits zum Schluß. Meine Herren! Wenn Sie, wie ich nicht zweifle, den vorgelegten Verträgen Ihre Genehmigung geben werden, wenn dann auch bald der Friede mit Rumänien zum Abschluß bereit sein wird, so ist das zur Tatsache geworden, was ich am 24. Februar als in naher Aussicht stehend verkünden durfte. Dann ist der Friede auf unserer ganzen Ostfront hergestellt. (Bravo!) Geben wir uns aber keiner Täuschung hin: Der Weltfriede ist noch nicht da! Noch zeigt sich in den Staaten der Entente nicht die geringste Neigung für Beendigung des furchtbaren Kriegshandwerks. Immer noch scheint ihr Ziel zu sein, zu kämpfen bis zu unserer Vernichtung. Wir werden darüber den Mut nicht verlieren. (Lebhaftes Bravo!) Wir sind auf alles gefaßt. Wir sind bereit, weitere schwere Opfer zu bringen. (Bravo!) Gott, der mit uns gewesen ist, Gott wird uns auch weiter helfen. Wir vertrauen auf unsere gerechte Sache, auf unser unvergleichliches Heer, seine heldenmütigen Führer und Truppen, wir vertrauen auf unser standhaftes Volk. Die Verantwortung aber, meine Herren, ich habe es schon damals gesagt, am 24. Februar, die Verantwortung für das Blutvergießen wird auf die Häupter aller derer fallen, die die Fortsetzung des Blutvergießens wollen. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause mit Ausnahme der äußersten Linken.)

Unterstaatssekretär von dem Busche-Haddenhausen: Heute sind die Verbündeten Regierungen in der glücklichen Lage, Ihnen zwei weitere Friedensverträge nebst Zusatzverträgen zur Beschlußfassung zu unterbreiten, nämlich die Verträge mit der russischen und der finnischen Regierung. Diese Verträge bereiten dem Kriegszustand an der russischen Front ein Ende und wenn, wie mit Sicherheit zu erwarten ist, auch mit Rumänien in einigen Tagen der Frieden abgeschlossen wird, so werden wir auf unserer ganzen Ostfront prinzipiell zum Friedenszustand zurückgekehrt sein. Wir verdanken diese Erleichterung unserer militärischen und wirtschaftlichen Kriegslage in erster Linie dem unvergleichlichen Heldenmut unserer und unserer Verbündeten Truppen und der genialen Führung unserer großen Feldherren. Sie alle haben die verschiedenen Phasen der Verhandlungen in Brest-Litowsk mit Aufmerksamkeit verfolgt, und es können Ihnen die Gründe nicht verborgen geblieben sein, warum wir nach dem Abschluß der zweiten Phase, der Periode Trotzki, schärfere Töne angeschlagen und fester zugegriffen haben, um zu dem erwünschten Ergebnis des Friedens zu gelangen. Herr Trotzki wollte keinen Friedensschluß. Er wollte in erster Linie unser Land aufwiegeln, und er baute fest auf eine Revolution in Deutschland und Österreich-Ungarn, die ihm helfen sollte, die Tatsache der russischen Niederlage zu verschleiern. Er hat seine Enttäuschung, daß ihn seine Hoffnungen betrogen haben, deutlich zum Ausdruck gebracht. Seine mangelnde Absicht, zu einem Abschluß zu kommen, ging für uns nicht nur aus seinen Reden und seinem ganzen Verhalten in Brest-Litowsk hervor, wir waren darüber auch durch andere sichere Nachrichten unterrichtet. So blieb uns denn keine andere Wahl, als aus dem Abbruch der Verhandlungen durch Herrn Trotzki die militärischen Folgerungen zu ziehen, und als dann sofort die erwünschte Wirkung eintrat, unsere Forderungen in einer Form zu stellen, daß für weiteres Hinausziehen der Verhandlungen kein Raum mehr übrig blieb. Die ohne Herrn Trotzki dann in Brest-Litowsk wieder eingetroffenen Unterhändler haben die Berechtigung unseres Vorgehens und der Erhöhung unserer Forderungen wohl eingesehen. Unsere Unterhändler in Brest-Litowsk haben den Eindruck gehabt, daß die Russen weit schärfere Forderungen erwartet hatte. Wenn die Russen beim Schluß eine Protestkundgebung abgaben und erklärten, sie seien ohne genügende Zeit zu Verhandlungen zur Annahme unserer Forderungen genommen worden, so sollten sie darin ohne Zweifel einer schon vor ihrem Eintreffen in Petersburg festgelegten Taktik, um uns den annexionistischen und militaristischen Stempel aufzudrücken. Ich muß aber hier nochmals ausdrücklich feststellen, daß dieser Protest ganz unbegründet war. Es handelte sich im wesentlichen um die alten Forderungen. Neu war nach unserem Ultimatum die Forderung bezüglich Kars, Erdehan und Batum. Der russischen Delegation war der politische Hauptvertrag auch in russischer Übersetzung ausgehändigt, ebenso der Vertragsentwurf über die wirtschaftlichen Beziehungen, und die deutsch-russischen Zusatzverträge. Die Russen haben in den Besprechungen am 2. und 3. März wiederholt auf Ungenauigkeiten in den von uns gelieferten Übersetzungen hingewiesen und auch sonst eine eingehende Kenntnis der Friedensverträge bekundet. Die Russen hatten außerdem keine sachverständigen Hilfskräfte mitgebracht, und Herr Sokolnikow nahm hierauf ausdrücklich in seiner Erklärung Bezug. Bezüglich der Einzelheiten des russischen Vertrages, der im wesentlichen in den politischen Hauptvertrag zwischen den Russen und den vier verbündeten Mächten und in je einen wirtschaftlichen und rechtspolitischen Zusatzvertrag zwischen den Russen und uns zerfällt, darf ich mir gestatten, auf die dem hohen Hause vorgelegte Denkschrift zu verweisen.

Was Finnland anbetrifft, so mußten wir mit diesem Lande einen besonderen Friedensvertrag schließen, nachdem es durch die Anerkennung durch die russische Volksrepublik aus dem Bestande des russischen Reiches ausgeschieden war und Rußland somit für Finnland keinen Frieden mit uns schließen konnte. Die Verhandlungen mit Finnland fanden in Berlin statt und waren getragen vom Geiste der Versöhnung. Sie sind durchaus glatt und zufriedenstellend verlaufen. Auch hier haben wir außer dem eigentlichen Friedensvertrag, der zugleich die rechtspolitischen Fragen behandelt, einen Wirtschaftsvertrag über Handels- und Schiffahrtsverhältnisse abgeschlossen. (Beifall.)

Abg. Fehrenbach. (Ztr.): Den Ausführungen des Reichskanzlers über den russischen Friedensvertrag schließen wir uns vollinhaltlich an. Wir beantragen Überweisung des russischen und finnischen Vertrages an den Haushaltsausschuß und behalten uns für dessen Beratungen das Eingehen auf die Einzelheiten vor. Ich begrüße die Selbständigkeitserklärung Finnland mit Sympathie und drücke die Freude meiner Freunde darüber aus, daß nach dem Friedensvertrag die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Finnland beiderseits festgelegt sind. Wir haben die feste Hoffnung, daß Finnland in ein Stadium ruhiger Entwicklung und geordneter Verhältnisse eintreten und sich zu einem starken freien Lande entwickeln wird. Wir bedauern, daß diese Hilfeleistung dem finnischen Volke nicht von dem benachbarten und stammverwandten Schweden geleistet worden ist. Wir wären dadurch einer Aktion enthoben worden, die, wie es scheint, in Schweden nicht immer mit ungetrübten Augen angesehen wird. Nachdem aber das finnische Volk selbst über die Greueltaten, die sich dort abspielten, nicht Herr geworden ist und nachdem es wiederholt und dringend den Schutz und die Hilfe des Deutschen Reiches angerufen hat, glaubten wir gedrängt und verpflichtet zu sein, seinem Hilferuf Folge zu leisten. Kurland ist nur zum kleinsten Teil von Deutschen bewohnt. Aus den Erklärungen der Deputierten ist zu entnehmen, daß wir mit der getroffenen Erledigung vorläufig zufrieden sein können. Die Legende, als ob der Landesrat nicht die Stimmung des ganzen Volkes verträte, kann als abgetan gelten. Die Landesvertretung beruht auf völlig freier Entschließung des Landes. Sie ist ausdrücklich beauftragt, die Monarchie zu proklamieren unter unserem Kaiser als Herzog. Wenn das evangelische Kurland einen evangelischen Fürsten bekommt, muß das katholische Litauen ein katholisches Oberhaupt erhalten. Die Lösung der polnischen Frage verursacht anscheinend die meisten Schmerzen. Polen muß unter Abschluß eines Bündnisses mit dem Deutschen Reiche die Integrität des Deutschen Reiches anerkennen. Damit wäre der großpolnischen Agitation für die Zukunft der Boden entzogen.

Abg. Dr. David (Soz.): Wir begrüßen es, daß die Feindseligkeiten eingestellt sind. Die Methode von Brest-Litowsk war aber nicht die der Verständigung. Das Weltbündnis gegen uns ist vorübergehend gesprengt aber auf eine Art, die die Neubildung geradezu fördert. Der Weg nach Wladiwostok ist aufs neue verbarrikadiert. Der Reichsregierung steht eine starke Gegenpartei gegenüber, die für Annexionen und gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintritt. Auch in der Militärverwaltung Ober-Ost sitzen Anhänger dieser Gegenpartei. Die Militärpartei will aus Litauen eine ostelbische Militärkolonie machen. Die Litauer haben bisher dagegen ihre demokratischen Forderungen aufrechterhalten. Tatsächlich läßt man den litauischen Landesrat wirklich nach Berlin als Delegation zum Reichskanzler durch. Briefe werden von der Militärpartei abgefangen. (Hört! Hört!) Der Wille des kurländischen Landesrates ist nicht identisch mit dem Willen des dortigen Volkes. Mit dem Zusammenbruch des Zarentums ist auch die Rechtsbasis für den kurländischen Landtag entfallen. Irrig ist die Behauptung, der Eingriff in Finnland sei keine Einmischung in innere Angelegenheiten. Die Roten Gardisten sind die Truppen der sozialistischen Regierung Finnlands und nicht russische Banden.

Abg. D. Naumann (Fortschr. Vpt.): Wir freuen uns, daß es dem deutschen Volke gelungen ist, den Anfang des Friedenswerkes beizuführen. Der Zusammenbruch Rußlands bringt für das ganze Ostenland bis nach Japan andere Bedingungen. Japan ist daher dabei, seine äußere Politik danach einzurichten. Da dürfen wir nicht zurückbleiben. Wir müssen eine Form finden die uns eine Verständigung mit Finnland bringt. Den Anschluß der Ostseeprovinzen begrüßen wir. Der Übergang von der Okkupation zum Bündnis ist das Zurücktreten der Militärverwaltung. Wir brauchen jetzt den Willen zur Überleitung, auch in Litauen und Polen. Unser Volk ist einmütig entschlossen zur Durchverteidigung im Westen, wenn dort der Wille zur Verständigung fehlt.

Die Weiterberatung wurde auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Vorher Anfragen, außerdem Nachtrasetat, Überwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe.

Schluß 6¼ Uhr.

Wilsons Note an den Kongreß

Berlin, 19. März. Nach New-Yorker Telegrammen Pariser M. laut „B. T." die Note Wilsons an den Kongreß fertiggestellt. Sie erklärt feierlichst, daß die Vereinigten Staaten eine Aktion Japans in Sibirien nicht zulassen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 18. März 1918.

Am Ministertische: Finanzminister Hergt.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung am 12 Uhr 17 Minuten.

Die zweite Beratung des Staatshaushaltsplanes wurde beim Haushalt des Finanzministers mit der Besprechung der Finanz- und Steuerfragen fortgesetzt.

Dazu liegen vor Anträge der Kommission auf schnellere Rückerstattung der Familienunterstützungen an die Kreise und Gemeinden durch das Reich, auf Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten, auf Neuregelung der Einkommen- und Ergänzungssteuern ohne Eingriff in die Besteuerung des Einkommens und Vermögens durch das Reich.

Abg. Itzchert (Ztr.): Wir stimmen der Verlegung des Oberpräsidiums von Potsdam nach Berlin zu und beantragen 15 000 Mark für die Anmietung einer Dienstwohnung in Charlottenburg für den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg. Für die Kriegsteilnehmer muß nach jeder Richtung hin gesorgt werden. Größte Sparsamkeit ist geboten. Unsere Lebenshaltung muß zur preußischen und christlichen Einfachheit zurückkehren. Hauptamtliche Steuerkommissare werden bei gerechter und strenger Veranlagung erheblich größere Steuererträge erzielen. Bedenken haben wir gegen die einmalige Vermögensabgabe. Eingriffe in die direkten Steuern der Einzelstaaten sollten nur erfolgen, wenn kein anderer Ausweg möglich ist und die Selbständigkeit der Einzelstaaten nicht beeinträchtigt wird.

Abg. Cassel (Fortschr. Vpt.): Den Anträgen der Kommission stimmen auch wir im wesentlichen zu. Wir bekämpfen jede Thesaurierungspolitik bei der Steuerreform. Wir verlangen Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit der Zensiten, Befreiung der unteren Stufen und Ausdehnung des Kinderprivilegs. Ferner muß die Progression der Vermögenssteuer eingeführt werden. Wir fürchten, daß der interkommunale Lastenausgleich eine Quelle von Streitigkeiten werden und die Freude an der Selbstverwaltung vergällen wird. Wir halten es nicht für gerechtfertigt, dem Reich jeden Zugriff zur direkten Steuer zu verwehren. Bei der Abbürdung der großen Kriegslasten darf das Reich nicht allein auf die indirekten Steuern angewiesen sein. Eine Vermögensabgabe von 20 Prozent würde einer Vermögenskonfiskation gleichkommen. (Beifall b. d. Fortschr. Vpt.).

Finanzminister Hergt: Dem Abgeordneten Cassel gegenüber bemerke ich, daß wir die Steuerausfälle zur Abbürdung des Defizits nötig haben, denn zu dem Defizit von 300 Millionen im Jahre 1916 ist noch ein neues hinzugekommen. Der Fall Daimler wird nicht zu einer Störung unserer Kriegsanleihe führen, ebenso wird die Härte, mit der wir die Landwirtschaft anfassen, sie nicht veranlassen, in ihrem Eintreten für die Kriegsanleihe zu erlahmen. Die Landwirtschaft wird es verstehen, warum wir alles Notwendige aus ihr herausholen müssen. Unsere militärische Lage ist so günstig wie noch nie. Bei den Feinden ist Unruhe und Sorge über die kommende Offensive zu beobachten, bei uns herrscht absolute Zuversicht, jeder weiß, daß die Oberste Heeresleitung den rechten Augenblick abpassen wird. Das Geld für die Kriegsanleihe ist im Lande, es wartet nur darauf, für die neue Kriegsanleihe verwendet zu werden; wir hoffen, daß sie weit mehr als den Betrag der letzten Kriegsanleihe ergeben wird. (Beifall.)

Abg. Hänisch (Soz.): Ich würde es für einen groben Unfug halten, wenn die Arbeiter Propaganda für einen Streik gegen die Kriegsanleihe machen würden, aber es ist auch ein grober Unfug, wenn die Deutsche Zeitung schreibt, daß Handel und Industrie durch ein scharfes Eingreifen im Falle Daimler so verstimmt seien, daß man es den Leuten nicht verdenken könne, wenn sie bei der Kriegsanleihe streiken. Ich wünsche, daß die 8. Kriegsanleihe einen finanziellen Sieg des deutschen Volkes bedeuten möge. (Bravo!) Den Antrag der Kommission, nach dem ein Eingreifen des Reiches in die direkte Besteuerung nicht erfolgen soll, lehnen wir ab.

Die Anträge der Kommission wurden angenommen, ebenso der Antrag Schmedding und der Antrag Schiffer und Gen. (Natl.) auf Erweiterung des finanzwirtschaftlichen Unterrichts an den Universitäten und Hochschulen und auf Vertiefung der Kenntnisse der Steuerbeamten in Buchführung und Finanzwesen.

Es folgte die Besprechung des Haushalts für direkte Steuern.

Abg. Lüdicke (Freikons.) begründete einen Antrag Dr. Arendt, wonach die Abnutzungsquote für städtische Grundstücke von ½ auf 1 Prozent der vollen Kassenversicherungssumme erhöht werden soll.

Der Haushaltsplan der direkten Steuern wurde genehmigt. Der Antrag Arendt wurde der Gemeindekommission überwiesen. Der Haushaltsplan der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern wurde ohne Erörterung erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr: Vorlagen betreffend Verlängerung der Legislaturperiode und Haushalt der Bauverwaltung.

Schluß 3 Uh

Die italienischen Spionage-Prozesse

Rom, 18. März. Laut „Messaggero" hat Hauptmann de Roberti die Untersuchung im Cavallini-Prozeß beendet und fordert, daß Cavallini, Buonanni, Bruniceardi und Frau Ricci vor das Militärgericht in Rom gestellt werden.

Die Lage in Spanien

Madrid, 18. März. („Havas".) Der Ministerrat hielt heute eine Sitzung ab. In den Kammern, die vorübergehend wieder zusammengetreten sind, erklärte Ministerpräsident Garcia Prieto, die Regierung sei willens, die Ordnung im Lande wiederherzustellen.

Feuer auf einer nordamerikanischen Werft

Newburgh, 15. März. Reuter. Abermals brach heute auf der neuen Werft ein Brand aus. Die neue Werft beschäftigt 1200 Mann und stellt vorschriftsmäßige [illegible] Kauffahrteischiffe her.

Provinz Sachsen und Umgebung

t. **Merseburg**, 18. März. (Der Ziegenzuchtverein) hielt gestern hier seine Jahresversammlung ab. Die Mitgliederzahl ist im vergangenen Jahre von 107 auf 856 gestiegen, die über 1000 Tiere halten. Große Schwierigkeiten machte die Futterbeschaffung. Dem neugegründeten Verband für den Kreis Merseburg gehören 15 Vereine mit 1300 Mitgliedern und 3500 Ziegen an. Er hat beschlossen, den zweiten Lämmermarkt mit Ziegenschau am 16. Juni in Merseburg abzuhalten. Die Einnahmen des Vereins betrugen 1400 Mk., die Ausgaben 1400 Mk. Es sind drei sehr wertvolle Zuchtböcke angeschafft worden, wozu der Kreis 100 Mk. gab. Außerdem gewährt derselbe für jeden Bock 50 Mk. Verpflegungszuschuß, auch die Stadt gibt 50 Mk. Beihilfe. Seitens des Kreises ist übrigens in den letzten drei Jahren für 14 000 Mk. gutes Zuchtmaterial eingeführt worden. Die Buchhaltung kostete dem Verein im vergangenen Jahre allein 1100 Mk. Der Jahresbeitrag betrug bisher 1 Mk., es wurde seine Erhöhung auf 1,50 Mk. und die Erhöhung der Deckgelder von 75 Pfg. auf 1 Mk. beschlossen. Der Vorstand legte den Mitgliedern dringend ans Herz, die guten Lämmer zu behalten und nicht mehr wie bisher an die Aufkäufer nach Leipzig oder Halle abzugeben. Insolge Entgegenkommens der fiskalischen Forstverwaltung und der Stadt sind 28 Morgen Parzellen Weide gepachtet worden, die an die Mitglieder verlost werden sollen. Gewissermaßen als Vorschau für die Schau und den Lämmermarkt am 16. Juni wird eine Stallschau veranstaltet, bei der die besten Tiere prämiiert werden.

K. **Bitterfeld**, 18. März. (Die Stadtverordneten) stimmten einer Vorlage des Magistrats zu, nach der die städtischen Beamten durch eine neue Besoldungsordnung grundsätzlich den entsprechenden Staatsbeamten gleichgestellt und ihnen dadurch augenblickliche Verbesserungen um 20 v. H. gewährt werden.

—o **Eisenach**, 18. März. (Hauptversammlung des Vereins der Freunde Herbartscher Pädagogik), die in den Osterfestragen in Weißenfels stattfinden sollte, ist auf den 1. und 2. Juni verschoben worden. Als Grund wird u. a. angegeben, daß der Vereinsvorsitzende, Universitätsprofessor Dr. O. Wilh. Rein in Jena, für Ende März nach Neustüb in Mazedonien berufen worden ist, um dort an den Hochschulkursen hinter der Front als Dozent teilzunehmen. Für die Vorbesammlung in Weißenfels hat Seminardirektor Schubert-Altenburg ein Referat über „Lehrplanmäßige Eingliederung von Ergänzungsstoffen" übernommen. In der Hauptversammlung soll auf Grund eines Referats von Geheimrat Prof. Dr. Ziehen, dem früheren Psychiater an der Berliner Universität, jetzigen Professor der Psychologie an der Universität Halle, über „Das Wesen der Begabung und die Methoden ihrer Erforschung" verhandelt werden. Man will dann eine Grundlage für eine gedeihliche Förderung der vielbesprochenen Frage für den Aufstieg der Begabten schaffen.

c. **Lebendorf**, 18. März. (Die Prüfung der diesjährigen Konfirmanden unseres Kirchspiels) fand zwar 16 aus Lebendorf, 10 aus Bebitz und 8 aus Trebitz fand gestern früh in der hiesigen Kirche statt. Die Schulentlassung wird nächsten Sonnabend und die kirchliche Einsegnung am darauf folgenden Sonntag (Palmarum) erfolgen.

W. **Erfurt**, 18. März. (Der Schlosserlehrling Willy Hahn aus Erfurt) hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Mißhandlung einer Straßenbahnschaffnerin zu verantworten. Er hatte der Schaffnerin einen Faustschlag ins Gesicht versetzt, als sie ihm das Betreten des vollbesetzten Wagens untersagen wollte. Das Gericht erkannte unter Berücksichtigung des schweren Standes, den die Schaffnerinnen zur Zeit dem Publikum gegenüber haben, auf 50 Mark Geldstrafe wegen Hausfriedensbruches und auf 12 Tage Gefängnis wegen Körperverletzung.

Wetterbericht

vom Montag, 18. März. Das meist heitere und trockene Wetter dauerte auch gestern in ganz Deutschland fort, nur an der Ostseeküste war der Himmel zeitweise mit Nebelgewölk bedeckt. Im Binnenland stiegen die Mittagstemperaturen bis auf 14 Grad, während nachts verbreitete Fröste auftraten: Grudelegen meldet —4 Grad. — Aussichten für Dienstag: Keine Witterungsänderung.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung

Halle, den 18. März 1918.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bringt der Vorsitzende, Justizrat Föhring, zwei Beschwerden zur Kenntnis der Versammlung. Ein Herr E. S. beklagt sich über Schwierigkeiten, die ihm beim Umtausch von minderwertigen städtischen Kartoffeln an den maßgebenden Stellen bereitet worden sind; die Sache wird dem Magistrat zur Erledigung überwiesen. — Ein Herr R. führt Beschwerde über die Zustände auf dem Kl. Berlin. Der Platz selbst sei ringsum beschmutzt, Konservendosen, alte Mortzachen, Unrat und anderes lägen darauf herum, Kinder allen Alters trieben hier ein keineswegs immer harmloses Spiel, Schau- und Türfensterscheiben würden in der Nachbarschaft böswillig zertrümmert. R. stellt Antrag, den Platz zu bepflanzen. Die Angelegenheit wird dem Petitionsausschuß überwiesen. Danach tritt man in die Beratung der Tagesordnung ein.

Es wird beschlossen, die Wanderausstellung des Zentralinstitutes für Erziehung und Unterricht in Berlin „Das Kleinkind" hierherziehen zu lassen und für die Ausstellung die Zeit von Mitte April bis Mitte Mai in Aussicht zu nehmen. Als Ausstellungsraum soll die Aula des Lyzeums benutzt werden. Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt antragsgemäß für die Kosten der Ausstellung 2300 M. abzüglich der Einnahme an Eintrittsgeld. —

Gründung einer neuen Stelle

Durch Gemeindebeschluß vom 5./15. 1. 17 ist der Deputation für städtische Kriegshinterbliebenen-Fürsorge insbesondere die soziale Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen übertragen worden. Die laufenden Geschäfte werden von dem auch die gesetzliche Hinterbliebenenversorgung bearbeitenden Städtischen Kriegshinterbliebenenfürsorge-Amt geführt. Während die gesetzliche Fürsorge wie bisher zweckmäßig von Beamten erledigt werden soll (Abt. A), kommen für die soziale Fürsorge, die hauptsächlich in Auskunft und Beratung und der die gesetzliche Fürsorge ergänzenden städtischen Fürsorge für Frauen und Kinder besteht, fast ausschließlich Frauen als Mitarbeiterinnen in Betracht. Zur Zeit sind in dieser Abteilung B beschäftigt 3 besoldete Hilfsarbeiterinnen und 132 ehrenamtliche Helferinnen. Die Zahl der in Fürsorge stehenden Witwen beträgt jetzt 1400, die der Waisen 2000. Leitung dieser Abteilung ist bisher nebenamtlich von der besoldeten Helferin des Jugendamtes wahrgenommen worden. Da das Jugendamt aber nunmehr für seine durch den Krieg vermehrten Aufgaben die Arbeitskraft seiner Helferin voll für sich in Anspruch nehmen muß und die Leitung der sozialen Hinterbliebenen-Fürsorge einen immer größeren Umfang annimmt, die ganze Einrichtung auch eine dauernde sein wird, ist die Schaffung einer besonderen Stelle nicht mehr hinauszuschieben. Der Magistrat hat beschlossen, die Leitung der Beratungs- und Fürsorge-Abteilung des städtischen Kriegshinterbliebenen-Fürsorgeamtes einer sozial geschulten Frau zu übertragen und für die neu zu gründende Stelle, die seine Beamteneigenschaft erhalten soll, ein Gehalt von zunächst 1800 M. jährlich zu bewilligen. Die Versammlung erklärt ihr Einverständnis mit der Vorlage. —

Weiter wird beschlossen, der Gesellschaft für Säuglingsschutz zum Betrieb der Milchküche für die Rechnungsjahre 1917 und 1918 einen Zuschuß von je 4000 M. aus dem Kriegsfonds zu bewilligen.

Die Stadtgemeinde hat der Gesellschaft für Säuglingsschutz für die Milchküche im 16. Rechnungsjahre den Betrag von 6500 M. aus Sparkassenüberschüssen zur Verfügung gestellt. Infolge der bedeutenden Mehr-Preis-Steigerung der Materialien, Gehälter und Löhne, sind die vorhandenen Mittel erheblich überschritten. Diese Ueberschreitung wird bis zum Schluß des Rechnungsjahres mindestens die Höhe von 4000 M. erreichen, wofür Deckung fehlt, eine gleiche, wenn nicht höhere Ueberschreitung ist für das Rechnungsjahr 1918 bestimmt zu erwarten. —

Herrichtung des Florabades für Zwecke der Jugendpflege

Die von der Stadt kürzlich erworbenen Grundstücke „Florabad" und „Goldene Egge" sind schon durch ihre günstige Lage im Freien für Zwecke der Jugendpflege besonders geeignet. Mit Rücksicht auf die durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse erscheint es aber nicht angebracht, schon jetzt endgültige Entschließungen über die Art der Verwendung der Grundstücke zu diesem Zweck zu schaffen. Es wurde deshalb beschlossen, sie einstweilen als Sommerkindergärten und Kinderspielplatz nutzbar zu machen. Beim „Florabad" läßt sich dies nach Abbruch der dem Badebetrieb dienstbar gewesenen Baulichkeiten durch Herrichten des Gartens, Schaffung eines Abschlusses gegen die Straße und geringe Ausbesserungen am Wohnhause mit mäßigen Kosten erreichen. Das Wohngebäude der „Goldenen Egge" soll, soweit es bisher vermietet gewesen ist, zunächst weiter vermietet bleiben. Der ihm gegenüberliegende Wirtschaftsgarten ist zu einem Kinderspielplatz umzugestalten. Die Kosten sind zusammen auf 6900 M. veranschlagt worden. Die Versammlung stimmte der Ausführung der vorbezeichneten Arbeiten unter Entnahme der Kosten aus dem Fonds zur Verfügung beider städtischen Körperschaften ohne Widerspruch zu. —

Für das Nahrungsmittel-Untersuchungsamt werden 1800 M. nachbewilligt. —

Der in der gestrigen Abendausgabe an dieser Stelle bereits ausführlich mitgeteilten

Einrichtung des Güterverkehrs auf den Straßenbahnen

wird einstimmig genehmigt. Die Tarifänderungen nach dem Antrage des Haushaltsausschusses zugestimmt. Es werden bei einer Entfernung bis zu 3 Kilometern und einer Benutzungsdauer bis 3 (statt 2 in der Vorlage) Stunden 14 M., über 3 Stunden 20 M., bei Entfernungen über 3 Kilometer bei Benutzungsdauer bis 3 Stunden (statt 2) 20 M., über 3 Stunden 26 M., in beiden Fällen für jede Stunde über 4 Stunden je 5 M. erhoben werden. Außerdem wird der Magistrat berechtigt, Tarife zu ändern und in besonderen Fällen Vergünstigungen zu gewähren. — In Gegenzug des Berichterstatters, Stadtv. Dr. Scheithauer, spricht Stadtv. Kallmeyer, der im Auftrage des Magistrats in Düsseldorf eine gleiche Anlage im Betriebe gesehen hat, zu der Vorlage und empfiehlt sie. Eine mehrfach befürchtete Störung des Personenverkehrs ist nicht zu befürchten, da besondere Motorwagen die Lastenbeförderung bewerkstelligen. Auch vollzieht sich die Ueberführung der Lastwagen von Geleise aufs Pflaster innerhalb 2—3 Minuten, und wird den übrigen Betrieb nicht stören. —

Der Abtragung der Restschuld für die Stadtbahn wird in der vom Magistrat beschlossenen Form zugestimmt. Die Stadt hatte bekanntlich auf Gemeindebeschluß am 1. April 1917 von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin das Stadtbahnunternehmen zum Preise von 4 900 000 M. käuflich erworben. Der Kaufpreis soll nach dem entsprechenden Gemeindebeschlusse vom 9. und 26. Februar 1917 durch Aufnahme von Darlehen gedeckt werden. Der am 1. April 1917 fällig gewesene 1. Teilbetrag von 1 000 000 M. wurde durch ein Darlehn bei der Sparkasse der Stadt Halle in gleicher Höhe, das vom 1. April 1917 ab mit 4½ Prog. zu verzinsen und mit 2 Prog. zuzüglich der ersparten Zinsen vom 1. Mai 1918 ab zu tilgen ist, aufgebracht. Am 1. April 1918 würde verabredungsgemäß der 2. Teilbetrag von 1 000 000 M. zu zahlen sein. Die städtische Sparkasse ist jedoch bereit, der Stadtgemeinde zur Abtragung der gesamten Restschuld von 3 900 000 M. ein entsprechendes 2 Darlehn zu gewähren, das mit dem 1. Darlehn zusammen künftig mit 4½ Prog. zu verzinsen und mit 2 Prog. zuzüglich der durch die fortlaufende Tilgung ersparten Zinsen vom 1. Mai 1918 ab zu tilgen ist. Da der Stadtgemeinde jetzt durch obiges Angebot der Sparkasse die Abtragung der Restschuld für das Stadtbahnunternehmen bei der A. E. G. zu günstigen Bedingungen möglich ist, hat der Magistrat am 1. März beschlossen, das Angebot anzunehmen, und er hat bereits wegen der Dringlichkeit der Sache — ohne die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung abwarten zu können — das Nötige in die Wege geleitet. —

Die Gegenstände: Verpachtung des zwischen dem Klausberge und der Seebener- und Trotzdorfer Straße belegenen Ackers an den Landwirt Hermann Ohmann zum Preise von 55 M. je Morgen auf 6 Jahre und Verpachtung des ehemals Wolter'schen Ackers in Wörmlitzer Flur an die Hallesche Aktien-Bierbrauerei zum Preise von 45 M. je Morgen auf die Dauer von 6 Jahren, werden antragsgemäß beschlossen. —

Der ehemals Wolter'sche Ackerplan in Wörmlitzer Gemarkung bringt jetzt 35 M. Jahrespachtzins; er ist katasteramtlich als Bodenklasse 5 und 6 ausgewiesen. Wenn ihn auch spätere Drainierung verbessert hat, so ist er auch gegenwärtig nur als recht mittelmäßig zu bezeichnen. Das Angebot der Halleschen Aktien-Bierbrauerei mit 45 M. je Morgen erscheint daher durchaus angemessen; seiner Annahme wird nach kurzer Auseinandersetzung Zustimmung erteilt. —

Der Entwurf des Haushaltsplanes der Bethcke-Lehmann-Stiftung für 1918 wird genehmigt und in Einnahme und Ausgabe für die Hauptstiftung auf 164 200 M. für das Jugendheim auf 85 100 M. festgesetzt. — Damit wird in die

---

(Nachdruck verboten.)

Platanenallee Nr. 14

48] Roman von Dr. P. Meißner.

Halt! Konnte nicht der Alte durch seinen Neffen von dem frechen und unehrerbietigen Benehmen Jakobs gegen Ralf und Lilly erfahren haben, und waren ihm vielleicht die Augen aufgegangen, was Geistes Kind der von ihm so geschätzte Diener war? Das wäre vielleicht ein Anlaß für den rechtlich denkenden Menschen gewesen, seine über das normale Maß hinausgehende Güte in seiner letztwilligen Verfügung doch noch zu ändern. Ralf mußte wissen, ob er dem Onkel in dieser Richtung irgendwelche Mitteilungen gemacht hat. Helmstedt nahm sich vor, sobald wie möglich den Verhafteten zu fragen. Allerdings war nicht zu erheben, wann Jakob die Tat ausgeführt haben konnte. Jene halbstündige Abwesenheit von Schaffer war harmlos erklärt worden und der Zigarrenhändler Kaiser wohl ein Entlastungszeuge. In dieser Hinsicht hatte die Nachforschung eher die Zweifel vermehrt.

Natürlich wäre Helmstedt in der Lage gewesen, vom Untersuchungsrichter sofort einen Verhaftsbefehl gegen Jakob herauszubekommen, aber es erschien ihm bei reiflicher Ueberlegung doch besser, das nicht zu tun. Die Anklagebehörde sollte bis zur Hauptverhandlung nur in dem Glauben bleiben, daß ihr Hauptzeuge unantastbar sei. Es würde auf die Geschworenen viel mehr wirken, wenn die Wahrheit über diesen Schurken während der Verhandlung ans Tageslicht kam und die Verhaftung von der Zeugenbank aus erfolgte. Das war auch die Ansicht Seebalds. Helmstedt freute sich schon im stillen auf das verblüffte Gesicht des Staatsanwalts. Es war eine seiner kleinen verzeihlichen Schwächen, daß er es liebte, wenn sich die Gegenseite fand, den Berufskollegen gegenüber kleine aber wirkungsvolle dramatische Effekte zu inszenieren.

Nach Auskunft der „Navigation Steam Ship Company", deren Büro sich in der Charlottenstraße befand, wurde die Ankunft des Dampfers „Präsident" von Vera Cruz am 28. Mai erwartet. Helmstedt schrieb an einen Freund in Hamburg, er möge sich der dort ankommenden Amerikanerin Maud Cooper sorgend annehmen.

Achtes Kapitel.

An einem herrlichen Junimorgen saßen Frau Schuster, Irma und Lilly auf der weiten Wiese, die sich vom Torfhaus allmählich abfallend bis zu jenem dichten Tannenwald ausdehnte, der wie ein weiter Mantel den Fuß des Brockens umgibt.

Die Damen waren beim Frühstück. Appetitlich leuchteten die trichterbackenen Semmeln in der Morgensonne, und ein würziger Duft stieg aus den kleinen Kaffeekännchen hervor. Der Tag versprach sonnenklar und warm zu werden, und man genoß mit innigem Behagen die frische, milde Morgenluft.

Lilly war entschieden sehr erholt, die blassen Wangen hatten sich gerötet und der Ausdruck der Augen hatte etwas viel Beruhigteres bekommen. Irma wußte die häufigen Berichte Helmstedts wohl zu lesen und hatte die arme Freundin zu beruhigen verstanden, obwohl sie selbst voll Besorgnis merkte, daß die Untersuchung durchaus nicht den Erwartungen und Wünschen Helmstedts entsprach. Warum sollte sie Lilly beunruhigen und quälen? Es half ja doch nichts. Viel wichtiger war es, daß die Arme ihre Gesundheit kräftigte, um den Anforderungen, die naturgemäß die Hauptverhandlung an sie stellen würde, gewachsen zu sein.

Innerlich verlebte Irma eine unendlich glückliche Zeit. Sie wußte lange, daß ihre Neigung zu Helmstedt, die sie sich ganz offen eingestand, erwidert wurde. Wenn auch bisher nur kleine Aufmerksamkeiten und halbversteckte Zärtlichkeiten in den Briefen des Doktors sich fanden, so baute sich doch ihr junges reines Herz daraus eine Zukunft, die so rosig war, daß sie selbst die düstersten Farben, in denen sich die Zukunft Ralfs und Lillys zeigte, überstrahlte. Es kam Irma oft wie ein Unrecht vor, daß sie so glücklich war, während über dem Haupt ihrer einzigen Freundin sich die Wolken eines traurigen Geschickes zusammenzogen.

Lilly hatte mit echt weiblichem Instinkt die Veränderung in Irmas Wesen wohl gemerkt und sich innig darüber gefreut. Sie gönnte Irma jedes Glück, und es gewährte ihr eine unsagbare Befriedigung, daß gerade der Mann, den sie, ohne es zu wollen, so schwer in seinem Herzen getroffen hatte, dieses prächtige Geschöpf als Lebensgefährtin erhalten sollte. Daß zwei junge Mädchen, die in ehrlicher Freundschaft mit einander verbunden sind, nicht ihre Herzensgeheimnisse austauschen, kommt wohl nicht vor, und so kann es kein Wunder nehmen, daß auch Irma der Freundin eines Tages ihre junge Liebe gestand. Von der Stunde ab begannen zum Aerger von Frau Schuster die Heimlichkeiten zwischen den Beiden. Sie machten weite Spaziergänge und sprachen immer und immer wieder von dem Doktor und von Ralf. Gerade diese Unterhaltungen, die Irma absichtlich recht oft herbeiführte, machten ihr oft Kummer. Sie wollte und durfte Lilly nicht sagen, wie ernst es um Ralf stand, und empfand es unendlich schwer, der Hoffnungsfreudigkeit Lillys beizustimmen, die wie ein naives Kind alle Sorgen verscheucht hatte und auf Helmstedts Geschicklichkeit und Scharfsinn felsenfest vertraute.

Wenn sie so den herrlichen Weg zum Hexenmeister wanderten, zwischen den haushohen Tannenwänden, dann fragte Irma wohl zum hundertsten Male, ob Lilly glaube, daß Helmstedt sie wirklich liebe. Sie wußte es ja, aber sie wollte es von der Freundin immer wieder hören. Und Lilly fühlte sich, als schon seit Monaten Verlobte, viel reifer als Irma. Sie hatte etwas mütterlich Beruhigendes, wenn sie mit liebesmüdiger Geduld immer wieder die Versicherung gab, es sei doch gar kein Zweifel möglich, der Doktor sei bis über die Ohren verliebt. Und wie sein das werden würde, Irma passe doch herrlich zu ihm, mit ihrem Mut, ihrer Klugheit, der Lust zu reisen. Sie würden gewiß viele große Reisen machen und dann könnten sie ja sie und Ralf auch in Mexiko besuchen, denn das stand bei Lilly absolut fest, daß sie ihrem geliebten Ralf ohne weiteres nach Mexiko folgen würde. Diese Zukunftspläne Lillys machten Irma traurig. Lilly ahnte ja nicht, daß, wenn Helmstedts Scharfsinn diesmal versagte, dem armen Ralf günstigsten Falles eine längere Gefängnisstrafe drohte. Günstigsten Falles, denn dann mußte es schon der Kunst des Justizrats gelingen, seinen Klienten vom Schafott zu retten und das Ende des alten Mannes als Totschlag darzustellen! Irma verbarg diese sorgenden Gedanken und Lilly war zu kindlich und unbefangen, um auf die Wolken zu achten, die sich für Minuten auf die Stirn ihrer Freundin senkten.

Langsam gemessenen Schritts näherte sich vom Torfhaus her der gute Herr Schramm, der Damen aufmerksamer Wirt.

„Guten Morgen, meine Damen, herrlicher Tag heute! Gnädige Frau, hier ist auch die Zeitung und ein Telegramm."

Bei dem Wort Telegramm waren die beiden Mädchen aufgesprungen und auch in den Zügen der alten Dame malte sich Erwartung und Spannung.

„Kinder, das kann doch nur vom Doktor sein."

Sie öffnete die Depesche und während ihr die beiden Mädchen über die Schulter sahen, las sie:

„Ralf Schwester Maud ankommt Montag, erbitte Rückkehr mit Mittagszug Mittwoch. Hauptverhandlung auf 16. festgesetzt. Ralfs Befinden gut, grüßt wie ihr H."

Also so nahe war schon der Termin der Hauptverhandlung gerückt. Jetzt, wo sie es sicher wußten, hatten alle drei ein gewisses beklemmendes Gefühl. Frau Schuster und Irma warfen sich besorgte Blicke zu. Wie würde es werden? Lilly klopfte das Herz, nicht weil sie an dem guten Ausgang zweifelte, sondern weil sie der Gedanke, daß so bald gegen ihren Ralf öffentlich eine so schwere Anklage verhandelt werden sollte, ungeheuer erregte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191803191-16/fragment/page=0003

Beratung des Stadthaushaltsplanes für 1918 eingetreten. Der Haushaltsplan für das Gaswerk der in Einnahme und Ausgabe mit 3 289 100 M. abschließt und einen Ueberschuß von 568 026 M. veranschlagt, der sich indessen wegen der neuerdings bereits wieder eingetretenen Preissteigerungen noch dem Bericht des Referenten, Stadtv. Aeschke, kaum wird herauswirtschaften lassen, findet ohne Aussprache Bewilligung. Desgleichen der Haushaltsplan für das Elektrizitätswerk, der in Einnahme und Ausgabe mit 2 408 080 M. abschließt und einen Ueberschuß von 656 430 M. vorsieht, ferner der Haushaltsplan für den Schlacht- und Viehhof, der für den Schlachthof mit 408 835 M., für den Viehhof mit 78 500 M., für die städtische Fleischverkaufsstelle mit 84 300 in Einnahmen und Ausgaben, der Haushaltsplan für die Straßenbahnen, der für die Stadtbahn mit 3 206 670 M., für die Straßenbahn mit 1 823 600 M. abschließt. Zur Abschreibung werden in diesem Kapitel 250 000 M., zur Bildung eines Reservefonds 43 500 M., zur Abführung an die Stadthauptkasse 130 500 M. überwiesen.

Der Haushaltsplan der städtischen Friedhofsverwaltung weist einen Fehlbetrag von 5689 M. auf und schließt mit 319 378 M. ab; er findet wie der des Leihamtes mit 49 280 M. im Abschluß, des Alters- und Pflegeheimes mit 185 500 M., und der Theodor Schmidt-Stiftung mit 24 600 M. ohne Widerspruch Annahme.

In nichtöffentlicher Sitzung steht eine Armenpflegerwahl und Bewilligung einer Stellenzulage zur Beratung.

Aus Halle und Umgebung

Halle, 19 März.

— **Titelverleihungen an der Universität.** Dem ordentlichen Professor in der Theologischen Fakultät D. Haußleiter ist der Charakter als Geheimer Konsistorialrat und den ordentlichen Professoren in der Philosophischen Fakultät Dr. Voretzsch, Dr. Werminghoff und Dr. Vorländer der Charakter als Geheimer Regierungsrat verliehen worden.

— **Militärisches.** Befördert wurden zu Hauptleuten: die Oberleutnants d. Ref. Schulze des Inf.-Regts. Nr. 66 (Halle a. S.), Berg des Inf.-Regts. Nr. 94 (Wiesbaden), Jonetzky, des Feldart.-Regts. Nr. 10 (Magdeburg), Oberleutnant d. Landw.-Inf. 1. Aufg. Haselhuhn (Gothe), Oberleutnant Jenner, d. Ref des Inf.-Regts. Nr. 153 (Halle a.S.), jetzt im Inf.-Regt. Nr. 79, Weniger, Oberleutnant d. Ref. des Inf.-Regts. Nr. 146 (Halle a. S.). — Zu Leutnants der Reserve: Vizefeldwebel Schroeter (Halle a. S.), der Fußart., Kohlstock (Erfurt), Löffelholz (Mühlhausen in Thür.), der Pionniere, Petersen (Magdeburg), Vizewachtmeister der Feldart., Vizefeldwebel Hahn (ebenda), der Landw.-Inf. 2. Aufg., Bed (Gera), der Fußart., Grabau (Neuhaldensleben), des Landw.-Trains, Bertram (Bernburg), der Fußart., Feldwebelleutnant Widel (Halle a. S.), der Landw.-Inf. 2. Aufg., Vizewachtmeister Funke (Mühlhausen i. Thür.), der Fußart., Vizefeldwebel Westermann (Magdeburg), der Landw.-Inf. 1. Aufg., Ehering (Neuhaldensleben), der Feldartillerie Nagel (Aschersleben), ebenso, Spieth (Dessau), Horn (Gera) und Daamen (Eisenach), der Inf., Besecke (Neuhaldensleben) und Ewald Schmidt, Vizewachtmeister im Feldart.-Regt. Nr. 75 (Halle a. S.), dieses Regiments, Koppermann, im selben Regiment, der Landwehr-Feldartillerie 1. Aufg., Possel dt (Naumburg a. S., im Feldart.-Regt. Nr. 81, dieses Regiments, Zeugfeldwebel Thilo (Weimar), zum Zeugleutnant d. Landw. 2. Aufg. beim Art.-Depot in Koblenz, Oberfeuerwerker Kuhring (Torgau), beim Art.-Depot in Metz, Vizewachtmeister Mortmann (Sondershausen) im Feldart.-Regt. Nr. 11, dieses Regiments. — Der Leutnant d. Ref. des Feldart.-Regts. Nr. 76 (Halle a. S.), der Leutnant und Feldjäger in den Reitende Feldjägerkorps versetzt.

— **Ausgleich verspäteter Beförderungen von Offizieren des Beurlaubtenstandes usw.** Die Verhältnisse des Krieges haben es mit sich gebracht, daß eine sehr große Zahl von Oberleutnants und Leutnants des Beurlaubtenstandes und von in Kriegsstellen wiederverwendeten verabschiedeten Offizieren der gleichen Dienstgrade ohne eigenes Verschulden verspätet für die Beförderung zum nächsthöheren Dienstgrade in Vorschlag gebracht worden ist. Namentlich sind hiervon Offiziere betroffen, die sich zu der Zeit, als ihr Patent zur Beförderung freigegeben wurde, infolge von Verwundung oder sonstiger Kriegsdienstbeschädigung nicht mehr bei ihrem Truppenteil befanden. Um Härten, die solche verspäteten Beförderungen im Gefolge haben, zu vermeiden oder zu mildern werden schon seit mehreren Monaten Vorsprünge in der Vorlage der Beförderungsvorschläge, die ohne Verschulden der Offiziere entstanden sind, bei der Beförderung durch entsprechende Vorrückung des Patents ausgeglichen.

— **Die Versicherung beim Landaufenthalt.** Bereits im Vorjahre waren alle innerhalb der Reichsorganisation auf dem Lande untergebrachten und in den örtlichen Listen der in Betracht kommenden Abgabegemeinden und Aufnahmekreise aufgeführten Kinder und die sie aufnehmenden Hausbehaltungsvorstände durch den Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" bei der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M., versichert worden. Die Versicherung erstreckte sich bei Kinder- und Unfälle, die sie auf der Hin- und Rückfahrt sowie während der Dauer des Landaufenthalts erleiden, bei den förmlichen Haushaltungsvorständen auf jede Art von gesetzlicher Haftpflicht, die sie aus Anlaß der Aufnahme der Kinder treffen kann. Die Verträge sind jetzt vom Verein auf ein weiteres Jahr bis einschließlich 15. März 1919 verlängert und dabei einige Verbesserungen getroffen worden. Insbesondere wurde der Tagegeldsatz bei vorübergehenden Unfallfolgen erhöht. Ferner sind die Verträge in vollem Umfange auch auf die Begleitpersonen ausgedehnt worden und zwar gleichviel, ob sich deren Tätigkeit auf Hin- und Rücktransport beschränkt, oder ob ihnen darüber hinaus auch die Beaufsichtigung der Kinder auf dem Lande übertragen ist. Es erübrigt sich daher in diesem Jahre für die Abgabekreise eine besondere Versicherung der Begleitpersonen zu verantworten. Die gesamten Kosten der Versicherung der Kinder, Haushaltungsvorstände und Begleitpersonen werden, wie im Vorjahre, wiederum vom Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" getragen. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der vorstehende Versicherungsschutz nur dann eintritt, wenn die Unterbringung der Kinder auf dem Lande durch die zuständige Landaufenthaltsabteilung der ausfendenden Gemeindeverwaltung organisationsgemäß vermittelt wird. Auf privatem Wege untergebrachte Kinder stehen nicht unter dem Schutze der Versicherung.

— **Zur Berufswahl für Mädchen und Frauen.** Die Folgen des Krieges veranlassen zahlreiche Eltern, den Bildungsgang ihrer Töchter einer Prüfung im Hinblick auf eine vielleicht nötig werdenden selbständigen Lebensberuf zu bestimmen. Die Berechtigung dieser Vorsorge macht es zur öffentlichen Pflicht, darauf hinzuweisen, daß manche Berufe wegen Überfüllung den Frauen schon jetzt oder doch in absehbarer Zukunft sichere Lebensaussichten nicht mehr eröffnen. Das kann mit Sicherheit von den gelehrten Berufen, insbesondere dem der Oberlehrerin und der Aerztin behauptet werden, wenn man feststellt, daß im laufenden Wintersemester allein in Preußen über 4000 Studentinnen deutscher Staatsangehörigkeit immatrikuliert sind. Die Zahl der nicht angestellten Anwärterinnen für den Lehrerinnenberuf überdauert ist außerordentlich gestiegen. Aber auch die Oberlyzeen sind überfüllt, und der Bedarf an Volksschullehrerinnen und wissenschaftlichen Lehrerinnen ist auf Jahre hinaus gedeckt. Ein sehr dunkler Ausblick macht sich ferner zu dem mittleren Bibliotheksdienst geltend. Bessere Aussichten eröffnen sich den jungen Mädchen in vielerlei praktischen Berufen, zu denen die hauswirtschaftliche Ausbildung in den Frauenschulen die Befähigung gibt. Die Ausbildung in der Erziehung und Pflege des Kindes, die diese Anstalten gewähren, eröffnen ferner den Weg zur Kindergärtnerin, Hortnerin, Jugendleiterin und damit zur Betätigung in Pflege- und Erziehungsanstalten für Kinder. Auch die allgemeine Wohlfahrtspflege eröffnet den Frauen ein beständig sich erweiterndes Feld ersprießlicher Tätigkeit als Pflegerinnen und Fürsorgerinnen aller Art, Beamtinnen in der Armen- und Waisenpflege, Leiterinnen von Heimen u. a. Für alle diese Berufe bietet die Frauenschule in ihrer neuen Gestaltung den besten Übergang von der Schule zu sachlichen Ausbildung.

— **Die städtische Frauenschule, Burgstraße 45, veranstaltet** im Anschluß an die staatliche Prüfung für Kindergärtnerinnen eine Ausstellung von Arbeiten der Schülerinnen. Trotz des großen Mangels an Material sind noch geradezu bildende Nadel-, Bast- und Pappearbeiten zustande gekommen. Besonders stark sind die Holzarbeiten vertreten, denn hier macht sich der Materialmangel noch am wenigsten fühlbar. Beachtenswert sind die hübschen Spielsachen, die unter Verwendung von wertlosem Zubehör meist in leichter Holzarbeit hergestellt sind. Sie lassen die Herzen der Kleinen höher schlagen, aber auch diese Große werden ihre Freude daran haben. Denn die Ausstellung zeigt nicht nur, wie vielseitig sich die Kindergärtnerin mit kleineren oder größeren Kindern, sei es im Hause oder in der sozialen Arbeit beschäftigen kann, sondern auch, wie vertiefende Werke für die Geschmacksentwicklung und die Handgeschicklichkeit in den Handfertigkeitsarbeiten liegen. — Die Ausstellung ist am Dienstag und Mittwoch, den 19. und 20. März, von 10—1 Uhr und von 3—6 Uhr geöffnet.

— **Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts im Jahre 1918.** Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat durch die in Nr. 64 des „Reichsanzeigers" vom 15. März 1918 veröffentlichte Bekanntmachung für die gewerblichen Verbraucher von monatlich mindestens 10 Tonnen Kohle, Koks und Briketts eine erneute Meldung in der Zeit vom 1. bis spätestens 5. April vorgeschrieben. Die hierfür erforderlichen Meldekarten (mit rotem Vordruck) sind wie bisher bei der zuständigen Ortskohlen-, Kriegswirtschafts- oder Kriegsamtstellen zum Preise von 0,25 Mark für ein Meldekartenheft nebst Wortlaut der Bekanntmachung und von 0,05 Mark für ein Einzelkarte erhältlich. Auskunft über die Meldepflicht in Zweifelfällen erteilt die zuständige Kriegsamtstelle. Neu ist in der Bekanntmachung die Bestimmung, daß auch solche Betriebe meldepflichtig sind, die infolge von Kürzung ihrer Brennstoffzufuhr oder (sei diese durch amtliche oder durch sonstige Umstände bedingt), z. Zt. weniger als 10 Tonnen monatlich verbrauchen. Im übrigen verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. Wer nicht rechtzeitig oder falsch meldet, hat Ausschließung von der Kohlenbelieferung zu gewärtigen.

— **Kriegsbilder der Hallescher Zeitung.** Folgende Bilder kommen von heute ab in unserer Geschäftsstelle zum Aufhang: Nach dem deutschen Vormarsch im Osten. (Typen der unterjochten Gefangenen: Russen, Chinesen, Perser und Negsiten.) Aus dem besetzten Minsk. (Leben und Treiben in den Straßen von Minsk nach der Besetzung.) Rückkehr von S. M. Hilfskreuzer „Wolf" nach 1½monatlicher Kreuzfahrt. (Begrüßung der Mannschaften durch S. Exz. Admiral Bachmann.)

ii. **Nietleben.** Hier verstarb der Mitbegründer des hiesigen Kriegervereins, Veteran Rentier Wilh. Erpel. Der Verstorbene war ein großer Vaterlandsfreund und Wohltäter des Vereins, und war 51 Jahre lang dessen Vorsitzender. Er wird unvergessen bleiben.

Aus den Vereinen

— **Volksbildungsverein.** Wie im vorigen, so veranstaltete auch in diesem Jahre das „Erste Hallesche Konservatorium für Musik und Theater" unter Leitung des Direktors Bruno Heydrich im Volksbildungsverein einen Musikabend, benannt „Deutscher Tondichter-Abend". Wem lag ein gut zusammengestellte, abwechslungsreiche, unsere bedeutendsten Tondichter berücksichtigende Vortragsfolge zugrunde. Die Orchesterklasse eröffnete den Abend mit dem 1. Satz der C-dur-Symphonie von Jos. Haydn. Es folgten Mozarts „Briefduett" aus „Figaro" (Gretel Putze und Irene Gutzmer), Webers Arie der Regia „Traute mein Herz" aus „Oberon" (Helene Hohenfels), Beethovens Romanze in F-Dur für Violine (Hanes Hasse), 2 Lieder mit Klavierbegleitung: Schumanns „Der arme Peter" und R. Franz' „Es hat die Rose sich beklagt" (Martha Schick), und das stimmungsvolle „Agnus Dei" für vierstimmigen Frauenchor, Solosopran, Altoboe und Streichorchester von Bruno Heydrich. Den 2. Teil leitete des Direktors „Dramatische Sonate" für Klavier in 3 Sätzen ein (Ernst Kramer). Hieran schlossen sich Wagners „Ballade der Senta" mit Frauenchor aus dem „Fliegenden Holländer" (Helene Hohenfels als Senta), Schuberts „Mittmarsch", vierhändig für Klavier, Streichorchester und Flöte (am Klavier Johannes Krämer und Ernst Kramer), Lortzings Arie „Wir armen Mädchen" (Gretel Putze). Den Schluß bildete der Walzer für Chor und Orchester „Alles vergeht" aus dem musikalischen Lustspiel „Zufall" von Bruno Heydrich. Die gesanglichen Leistungen der jugendlichen Künstlerinnen und des Chors zeichneten sich durchweg durch schöne Tonbildung und gute Auffassung aus, und die Darbietungen des Orchesters sowie die Vorträge am Ritterflügel bewiesen neben großer Fertigkeit anerkennenswerte Vortragskunst. Vor allem fanden auch die Tondichtungen des Direktors Heydrich begeisterte Aufnahme. Der Saal war vollständig besetzt, und die Erschienenen bezeugten dem Leiter und allen Mitwirkenden ihre Anerkennung durch reichen Beifall. Die nächste Veranstaltung findet am Donnerstag, dem 21. März, abends um 8 Uhr im Theatersaal statt: Lichtbildervortrag „Aus meinen Erlebnissen als Pflanzer in Deutsch-Ostafrika" mit über 100 Bildern vom Pflanzungsdirektor R. Kaundinya.

Theater, Konzerte und Vorträge in Halle

Kammermusik

Von Joh. Brahms sogar gern entdeckt und von Hans von Bülow eifrig empfohlen gehört Anton Dworschak heute zu denjenigen tschechischen Tondichtern, die mit ihren Werken nicht blos in Deutschland, sondern auch in den übrigen Musikländern beider Erdhälften seinen Fuß gesetzt haben. Ihn an unseren Klassikern zu messen, wäre, zum mindesten, was einen großen Teil seines Schaffens angeht, ein Unrecht. In seinen Hauptwerken ragt er weit über den Durchschnitt hinaus. Und man wird seiner Kunst hier nicht das Recht versagen wollen, sich auch außerhalb der böhmischen Grenzpfähle gebührend auszuwirken. Das Quartett F-Dur op. 96, mit dem das Willequartett seine Tätigkeit in diesem Winter beschloß, ist ein gutes Beispiel Dworschacher Schaffensart. Erstaunliche Musikerfreudigkeit, glänzende melodische und harmonische Einfälle, die oft im heimatlichen Empfinden wurzeln, und ihr reifender Schwung des Ausdrucks verbinden sich mit gediegener Arbeit und feinem Sinn für wohlige Klangwirkungen. Wie meisterlich sind zu diesem Zweck die vier Saiteninstrumente ausgenützt worden!

Die Herren Konzertmeister Paul Wille, Alfred Wille, Bernhard Unfenstein und Professor Georg Wille verstanden es vorzüglich, die musikalische Eigenart des tschechischen Komponisten deutlich zu machen. In edelstem Zusammenspiel, das durchweg von der nötigen Gefühlswärme durchdrungen war, und das ebenso auf technische Vollkommenheit wie auf Fülle und Echönheit des Klangens ausging, führten sie Dworschaks Quartett durch. Die Hörer folgten ihnen mit größter Spannung. Auch für Beethovens liebenswertes Quartett op. 18 Nr. 5 in G-dur und Schuberts sehnsüchtig-romantisches Quartett a-moll, op. 29, dessen zweiter Satz in des Meisters volksliedhaft gewordenen Lieblingsgedanken einen besonderen Schmuck bietet, wandte das Wille-Quartett seine erprobte Kunst mit vollem Erfolg auf. Der Dank blieb nicht aus. Wiederholt und anhaltend spendeten die zahlreichen Besucher herzlichen Beifall.

Dr. W. Kaiser.

— **Konzert zum Besten der Küchen des Nationalen Frauendienstes.** Wieviel Segen die Einrichtung der Küchen des Nationalen Frauendienstes während der ganzen Kriegszeit gestiftet hat, ist wohlbekannt. Je länger der Krieg dauert, desto größer werden aber auch hier die Anforderungen. Jetzt werden täglich rund 500 Portionen Essen an den drei Ausgabestellen Burgstraße 45, Klosterschule und Hospital ausgegeben. Für die gute Sache wird am 20. März Frau Helene Werther, ein Hallesches Kind und Schülerin unserer einheimischen Gesangsmeisterin Frau Mathilde Schmidt-Hahm sowie des bekannten Sängers Raimund von Zur Mühlen am nächsten Mittwoch im Logensaal einen Liederabend veranstalten, der große künstlerische Genüsse verspricht, denn die vorliegenden Berichte rühmen durchweg die schönen Stimmmittel der Sängerin sowie ihre geschmackvolle Vortragskunst. Die Klavierbegleitung übernimmt Frau Schmidt-Hahm. Hoffentlich findet das Konzert auch seines guten Zweckes wegen, guten Besuch.

Börsen- und Handelsteil

Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempf u. Co.

Kommandit-Gesellschaft auf Aktien

Dem soeben erschienenen Geschäftsbericht für das Jahr 1917 entnehmen wir folgendes: Das abgelaufene 51. Geschäftsjahr hat unser Institut in der Entwicklung weiter vorangebracht. Die Zahl der bei uns geführten Konten ist erheblich gewachsen und die Umsätze sind um rund 350 Millionen Mark gestiegen. Die Geldflüssigkeit, die wir schon in den früheren Berichten besprochen haben, hat in erhöhtem Maße auch im Berichtsjahre fortbestanden. Trotz unserer starken Beteiligung bei der 6. und 7. Kriegsanleihe, deren Bezahlung wir auf Konto Kundschaft stets sofort vornahmen, sind die Depositengelder bewrend gestiegen. Die flüssigen Gelder wurden teils in ueberjährigen Reichsschatzanweisungen angelegt, die auf Wechsel-Konto verbucht sind, teils kurzfristig an Kommunen, Kreise und mündelsichere Institute ausgeliehen. Die Umsätze auf dem Wechsel-Konto schrumpfen immer mehr zusammen; da im Handel nur noch Vorzahlung üblich ist, so verschwindet der Warenwechsel nach und nach. Kredite sind in der Hauptsache der Kriegsindustrie und den Kriegsgesellschaften, doch meist nur auf kurze Zeit, in Anspruch genommen worden; alle Kredite wurden meistens zurückgezahlt, wodurch das Provisions-Konto ungünstig beeinflußt wurde.

Das Effektengeschäft war sehr lebhaft, besonders in Kriegsanleihen und Anlagewerten. Die fortwährende Steigerung der Erträgnisse der Industriegesellschaften hatte auch große Umsätze in Aktien zur Folge. Die Ausführung einiger größerer Aktienemissionen hatten wir bei Rechnung brachte uns guten Nutzen. Unser Effektenbestand setzt sich in der Hauptsache aus mündelsicheren und wenigen anderen von der Reichsbank beleihbaren Wertpapieren zusammen.

Die Unkosten sind auch in diesem Jahre wieder stark gestiegen. Die Mehrausgaben sind in erster Linie durch die bedeutend wachsenden Steuern, Verteuerung der Materialien und die Erhöhung der Gehälter entstanden; außerdem haben wir zu Kriegswohlfahrtspflege erheblich beigesteuert. Um unseren Beamten über die schwere Zeit hinwegzuhelfen, haben wir in regelmäßigen Abschnitten Teuerungszulagen gewährt, zu denen wir auch die Familien der im Felde stehenden teilnehmen lassen. Je länger der Krieg dauert, um so mehr erhöhen sich natürlich die Schwierigkeiten für eine ordnungsmäßige Durchführung des Betriebes. Dank der treuen Pflichterfüllung unserer Beamten ist es möglich gewesen, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Auf Grundstücks-Konto sind die üblichen Abschreibungen gemacht, für verfallene Dividendenscheine per 1912 sind 216 M. dem Gewinn- und Verlust-Konto zugeführt.

Genehmigt die Generalversammlung den vorliegenden Abschluß, so gelangt der Dividendenschein Nr. 10 der Lit. VII. Emission mit 54 M., der Dividendenschein Nr. 10 der VIII.—XI. Emission mit 108 M., der Dividendenschein Nr. 8 der XII. Emission mit 108 M. und der Dividendenschein Nr. 5 der XIII. Emission mit 108 M. vom 1. Mai zur Auszahlung.

Am Schluß des Jahres ist unser Mitgesellschafter der Königliche Kommerzienrat Herr Carl Colberg nach 48jähriger ersprießlicher Tätigkeit krankheitshalber aus unserem Institut ausgeschieden. Wir sprechen ihm auch an dieser Stelle für die pflichttreu bethätigten Dienste unseren Dank aus.

Die Gewinnverteilung stellt sich wie folgt: Der Gewinn beträgt 1 924 140 M., 5 Proz. Vorzugsdividende auf 18 Millionen Mark = 900 000 M., Tantieme an den Aufsichtsrat und die persönlich haftenden Gesellschafter 256 035 M., bleiben 768 105 M., hierzu Gewinnvortrag von 1916 mit 36 633 M., ergibt nach Abzug der Zuwendungsspende von 30 000 M. 804 658 M. 4 Proz. Restdividende = 720 000 M. Bleibt ein Vortrag auf das Jahr 1918 von 84 658 M.

Börsenstimmungsbild

Berlin, 18. März. Auch zu Beginn der neuen Woche blieb das Geschäft an der Börse bei fester Grundstimmung still. Die Kursbildung war anfangs nicht ganz einheitlich, sondern am Montanmarkt, wo leichte Besserungen und Rückgänge sich ungefähr die Wage hielten. Schiffahrtsaktien, chemische und Elektrowerte veränderten ihren Kursstand nur wenig. Von Rüstungswerten zogen Rheinmetall auf die erhöhte Gewinnaussschüttung bei getrieben größeren Umsätzen kräftig im Kurse an. Darnicht lagen still und wenig verändert. Für Kali- und Stickstoffwerte zeigte sich indessen kaum Interesse. Der Rentenmarkt blieb still und wenig verändert. Später trat auf die Meldung der Ratifikation des Friedensvertrages mit Rußland gestwegen eine gewisse Geschäftsbelebung ein.

Produktenbericht.

Berlin, 18. März. Die Feldarbeiten sind jetzt flott im Gange. Das gleiche meldet man aus Oesterreich und Rumänien, wo infolge der milden Witterung die Bestellarbeiten schon Ende Januar begonnen haben und wo man daher auf vergrößerten Anbau rechnet. Allerdings wird dringend der Eintritt von Regen weiter gewünscht. Im hiesigen Verkehr begann die neue Woche wiederum recht still. Gemüsefamen und andere landwirtschaftliche Sämereien sind dauernd außerordentlich knapp. Getreidewaggons Mangel herrscht in Kleesaaten. Raubfuttere bleibt für den Handel schwer erhältlich. Wetter: schön.

* **Versteigerung von Kaliberwerken.** Die Kaliberwerke Molthehall und Zielitz im Besitz der beiden gleichnamigen Gewerkschaften im Kreise Wolmirstedt stehen am 14. April zur Versteigerung.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Provinz, Vereine und Handelsteil: Georg Fernandes; für Lokales und den übrigen Teil: Adolf Meyer; für den Anzeigenteil: Otto Breitkopf, sämtlich in Halle.

Alle Zuschriften in Bezugs- und Anzeigenangelegenheiten sind nur an die „Geschäftsstelle der Halleschen Zeitung" zu richten, dagegen die Schriftleitung betreffende Zuschriften nur an die „Schriftleitung der Halleschen Zeitung".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191803191-16/fragment/page=0004